

Stellungnahme der CDU Brachtal zum Artikel der SPD-Fraktion „CDU und FWB versilbern Wiesen zu Bauland“ vom 31.12.2019 in der GNZ

In der GNZ vom 31.12.2019 äußerte sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Herr Gerhard Gleis dahingehend, dass die beiden Fraktionen CDU und FWB, entgegen eines bestehenden Grundsatzbeschlusses aus dem Jahr 1994, nicht gemeindeeigene Grundstücke zu Bauland umgewandelt haben.

Die Anwendbarkeit des Beschlusses wurde im Vorfeld einer anwaltlichen Prüfung unterzogen. Diese rechtliche Prüfung ergab, in Bezug auf das Gebiet „Erlenwiese“, dass die gesetzlichen Grundlagen für dieses Gebiet eindeutig nicht vorliegen. Somit darf der Grundsatzbeschluss aus gesetzlichen Gründen keine Anwendung finden. Das Ergebnis dieser Prüfung wurde durch den 1. Beigeordneten Roland Tzschietzschker den Mitgliedern der Gemeindevertretung vor den Beratungen mitgeteilt.

Weiter wurde die gesamte Vorgehensweise in Bezug auf das vereinfachte Bebauungsplanverfahren, welche ebenfalls einer anwaltlichen Überprüfung unterzogen wurde, ausführlichst im Gemeindevorstand, in dem sich Vertreter aller Brachtaler Parteien befinden, erläutert und beraten.

Auch die Aussage, dass die Wiesen nun Bauland seien, ist falsch. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde lediglich die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen (Aufstellungsbeschluss) und somit das Verfahren der Bauleitplanung eröffnet.

Das bedeutet nicht, dass die antragsstellenden Eigentümer nun die alleinige Entscheidungsgewalt besitzen, wie Herr Gleis betonte. Im Gegenteil dazu bleibt die Gemeinde Herrin des Bauleitplanverfahrens und ihr allein obliegt die Entscheidungsgewalt festzulegen, welche Vorhaben in bauplanungsrechtlicher und bauordnungsrechtlicher Hinsicht auf den Grundstücken zulässig sein sollen. Dies bedeutet, dass die Gemeinde im Verfahren festlegen wird, mit was und in welchem Umfang das Gelände möglicherweise bebaut wird. Dies geschieht natürlich am besten in Zusammenarbeit mit den Eigentümern.

Herr Gleis und die SPD-Fraktion gehen von falschen Tatsachen aus, wenn sie behaupten, dass gemeindliche Interessen nun keine Berücksichtigung mehr finden könnten. Klarzustellen ist, dass sich der Gemeinde Brachtal mit diesem Verfahren die größtmögliche Einflussnahme bietet, ohne jedoch die hohen Planungs- und Erschließungskosten tragen zu müssen. Gerade in Bezug darauf, dass die Gemeinde Brachtal über keine eigenen Flächen verfügt, ist dieses Verfahren angesichts leerer Haushaltskassen die leistbarste Variante überhaupt, um Bauland auszuweisen und eine städtebauliche Entwicklung außerhalb des Bestandes zu betreiben. Dieses Modell der „kooperativen Baulandentwicklung“ setzt sich in immer mehr Kommunen durch und entspricht der aktuellen Vorgehensweise in vielen Kommunen.

Auch die Vorhaltung, dass sich die Gemeinde eine notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung entziehen wollte und deshalb wie von Herrn Gleis geschrieben „die Umwandlung noch vor dem 31.12.2019 durch die Gemeindevertretung gepeitscht habe“ ist natürlich nicht korrekt. Wie bereits erläutert, hat eine Umwandlung der Grundstücke zu Bauland noch gar nicht stattgefunden. Vielmehr hat die Gemeinde von Gesetzes wegen im

Rahmen der Berücksichtigung der öffentlichen Belange auch solche, die die Umwelt betreffen, zwingend zu berücksichtigen.

Auch der Äußerungen des Herrn Gleis, dass eine Veräußerung der Grundstücke durch die Gemeinde sich positiv auf die Gebührensituation der Bürger ausgewirkt hätte, müssen wir widersprechen. Gemäß dem kommunalen Abgabegesetz ist es nicht möglich, Einnahmen aus Veräußerungen von Grund- und Boden (Bauplätzen) den Gebührenhaushalten „Müll“, „Wasser“ und „Abwasser“ zuzuführen. Somit ist die Aussage, dass eine Gebührenentlastung für den Bürger durch den gefassten Beschluss erschwert wurde, nichtzutreffend. Abgesehen davon befinden sich die Grundstücke ja auch gar nicht im Besitz der Gemeinde, sondern in Privateigentum.

Insgesamt wurden die gesamte Thematik und die weitere Vorgehensweise in allen Gremien der Gemeinde - im Gemeindevorstand, im Haupt-, Finanz- und Bauausschuss wie auch in der Gemeindevertretung - ausführlich dargelegt, erläutert und beraten.

In Zukunft wäre es wünschenswert, dass sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Brachtal vorab bei seinen Parteimitgliedern des Gemeindevorstandes, die hinreichend über die Thematik informiert wurden, die notwendigen Informationen einholt, bevor die Bürger mit falschen Tatsachen verunsichert werden. Abgesehen davon hilft das ein oder andere Mal auch ein Blick ins Gesetz oder eine sachliche Auseinandersetzung mit der Thematik, um zu verstehen, welche Entscheidungen tatsächlich getroffen worden sind und welche in Zukunft noch anstehen.

Aber an einem sachlichen Beitrag, war Herrn Gleis vielleicht ja auch gar nicht gelegen?!

Lutz Heer

Vorsitzender der CDU Brachtal